

Deutsche Justiz-Gewerkschaft

Landesverband Hamburg e.V.

Mitglied des dbb beamtenbund und tarifunion



DJG , Sievekingplatz 1, GK 635, 20355 Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg

Dem ersten Bürgermeister
Herrn Dr. Peter Tschentscher

Senatskanzlei
Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Landesvorsitzender

Jörg Osowski
Sievekingplatz 1
20355 Hamburg
GK: 635

☎ dienstlich: 040/428 43 2978
☎ Handy: 0173 36 39 099

E-Mail dienstlich:
Joerg.Osowski@lg.justiz.hamburg.de

Wird die tägliche Fahrt zur Arbeit bald unverhältnismäßig zum Einkommen?!

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher,

sehr geehrte Frau stellvertretende Bürgermeisterin Katharina Fegebank,

ich bitte um Nachsicht, dass ich mir erlaube, Sie in einer äußerst schwierigen Zeit, in der Sie beide alle Hände voll zu tun haben, persönlich anzuschreiben.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft ist eine Fachgewerkschaft, die unter dem Dach des dbb Beamtenbund und Tarifunion, organisiert ist. Wir sind in Hamburg die größte Fachgewerkschaft im Justizbereich und organisieren Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Justiz. Der überwiegende Teil unserer Mitglieder sind jedoch Beamtinnen und Beamte des Justizwachtmeisterdienstes (Besoldungsgruppen A 4 bis A 6), des mittleren Dienstes (Besoldungsgruppen A 6 bis A 9) und Justizbeschäftigte in den Gerichten und Staatsanwaltschaften in den Entgeltgruppen 5 bis 9.

Sie sehen, dass bei uns überwiegend Kolleginnen und Kollegen in den unteren Besoldungs- und Entgeltgruppen organisiert sind. Gerade diesen Kolleginnen und Kollegen ist es oftmals verwehrt, aus dem Homeoffice zu arbeiten, sei es wegen ihrer originären in Präsenz auszuübenden Tätigkeiten als Wachtmeister oder aber auch wegen ihrer Arbeit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in sog. Serviceeinheiten, in denen sie erste Ansprechpartner (persönlich und telefonisch) für die rechtssuchenden Bürgerinnen und Bürger sind, Protokollführung in Strafsachen übernehmen müssen oder aber meterhohe Papieraktenberge zu bearbeiten haben.

Die derzeitige Krise haben weder die deutsche Politik noch das deutsche Volk zu verantworten. Dennoch sind die Auswirkungen – in Ihrer täglichen Arbeit noch viel mehr als in unserer – bereits seit dem ersten Tag des sinnlosen Angriffs eines russischen Despoten drastisch spürbar.

Ich verzichte an dieser Stelle auf die Auswirkungen einzugehen, die jeder einzelne Bürger zu Hause verspürt, wenn er die Heizung aufdreht. Ich verzichte auch auf Ausführungen zum jüngsten Tarifiergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder von 2,8 % einzugehen (das erst nach langen und zähen Verhandlungen erreicht werden konnte), das angesichts der jetzigen Preisexplosionen und der damit immer weiter steigenden Inflation, geradezu lächerlich erscheint. Zum Zeitpunkt des Tarifabschlusses konnte aber noch niemand ahnen, welcher Irrsinn in naher Zukunft auf uns alle zukommt.

Wir als DJG Hamburg verurteilen diesen sinnlosen Krieg auf das Schärfste und stehen solidarisch hinter der Ukraine und begrüßen vor allem auch die von Deutschland initiierten Hilfen jeglicher Art.

Bei allem Verständnis für Ihre Arbeit und Ihr Engagement darf aber die deutsche Politik vorliegend auch nicht vergessen, auf ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger zuzugehen.

Der tägliche Weg zur Arbeit wird zur existenziellen Herausforderung!

Viele Kolleginnen und Kollegen – die wie bereits beschrieben – eben täglich zu ihren Dienststellen fahren müssen, kommen zwischenzeitlich schnell an die finanzielle Belastungsgrenze. Der tägliche Weg zur Arbeit mit dem eigenen PKW mit Blick auf die Preise an den Tankstellen, die zwischenzeitlich offenbar stündlich ins Unermessliche steigen, bereitet mir und vielen anderen Betroffenen täglich ein Gefühl von Angst, Erschrecken, Wut und vor allem Ungewissheit. Ein nicht unerheblicher Teil muss aus dem Hamburger Umland mit schlechter ÖPNV Anbindung oder viel zu langem Zeitaufwand täglich mit dem Auto nach Hamburg pendeln, weil der größte Teil der in der Justiz arbeitenden Kolleginnen und Kollegen aus dem Hamburger Umland – da die Mieten in Hamburg zu hoch sind – kommen.

Gerade deshalb kommen für viele unserer Kolleginnen und Kollegen gut und gerne täglich 100 km und mehr zusammen.

Der Weg zur Arbeit darf doch nicht zum Luxusgut werden!

Uns ist bekannt, dass auch Sie sich für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger einsetzen wollen. Dafür danken wir. Umso unverständlicher und verstörender wirkt deshalb die jüngste Aussage unseres Bundesfinanzministers, der zwar berechtigterweise um Solidarität bittet, aus diesem Grund aber gleichzeitig betont, dass es staatliche Hilfen vorerst nicht geben wird. Die deutsche Politik wird diese Krise vorerst nicht beenden können. Sie ist aber gefordert, eine deutsche Wirtschaftskrise soweit wie möglich zu vermeiden oder zumindest abzufedern. Und dazu gehört auch eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und im Rahmen der ausufernden Energiepreise gerade eine Entlastung der arbeitenden Bevölkerung,

die täglich auf das Auto angewiesen sind, um ihren Dienst ordnungsgemäß zu verrichten und damit – in unserem Fall – auch weiterhin für einen funktionierenden Rechtsstaat zu sorgen.

Der weitaus größte Teil der Spritkosten besteht nach wie vor aus Steuern.

Nur hier kann und muss die Politik ansetzen! Nicht irgendwann und nicht nach langen Debatten, sondern sofort!

Wir schreiben Sie beide gemeinsam an, weil die Politik hier geschlossen hinter ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stehen muss und sich nicht erstmal wieder bis zu einer Lösung lang und streithaft parteipolitisch auseinandersetzen kann, um zu vermeiden, dass sich Kolleginnen und Kollegen genötigt fühlen, sich eine andere Beschäftigung in Wohnortnähe zu suchen, da sie sich den Weg zur Dienststelle nicht mehr leisten können, wie dies in Wirtschaftsbetrieben bereits aktuell beginnend der Fall ist. Denn dies könnte die Justiz in Anbetracht des bereits bestehenden Personalmangels nicht abfedern.

Wir dürfen Sie eindringlich bitten, geschlossen und gemeinsam in der Bundespolitik an geeigneter Stelle tätig zu werden, um größeren finanziellen Schaden unserer Kolleginnen und Kollegen, aber auch aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, abzuwenden. Und – wie gesagt – nicht erst nach langen Machtkämpfen und Debatten, sondern gemeinsam und unverzüglich!!!

Wenn der tägliche Weg zur Arbeit zum Luxusgut wird und den Besserverdienenden vorbehalten ist, wird dieser Rechtsstaat nicht mehr lange funktionieren!

Mit herzlichem Dank für Ihr Verständnis und Ihr Engagement verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

(Jörg Osowski)
Landesvorsitzender